

Nein zum Raubbau an der Tiefsee!

Über 90 Millionen Tonnen Metalle werden laut der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe jährlich zur Produktion von Maschinen, elektrischer Ausrüstung oder Automobilen importiert. Hinzu kommen die vielen Rohstoffe aus verarbeiteten und aus Vorprodukten. Dabei übersteigen diese Konsum- und Produktionsmuster die planetaren Grenzen und laufen konträr zu globaler Ressourcengerechtigkeit. Denn der Abbau von Rohstoffen ist global mit großen sozialen und ökologischen Kosten verbunden, die sich nicht in den Rohstoff- und Produktpreisen wiederfinden und vor allem in Ländern des globalen Südens anfallen. Auch geht er häufig mit Menschenrechteverletzungen einher.

Mit den weltweit weiterhin hohen Begehrlichkeiten nach neuen Rohstoffquellen und den geringen Erträgen aus terrestrischen Lagerstätten rücken die marinen mineralischen Rohstoffe der Ozeane und Meere zunehmend in den Fokus. Mittlerweile gibt es zahlreiche Explorations- und Forschungsprojekte für Bergbau in der Tiefsee.

Die Bundesregierung unterstützt politisch und finanziell eine Reihe von Industrie- und Forschungsinitiativen, die den Tiefseebergbau massiv vorantreiben. Die in der AG Tiefseebergbau¹ zusammengeschlossenen Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen fordern dagegen ein rasches Umdenken und Umlenken der Politik. Der absolute Rohstoffverbrauch in Deutschland und Europa muss massiv reduziert werden. Die Tiefsee muss als gemeinsames Erbe der Menschheit geschützt werden. Das schließt den Tiefseebergbau aus, da dieser in jedem Fall mit gravierenden Störungen der marinen Ökosysteme, mit Artensterben und unkalkulierbaren Folgewirkungen für die Meereswelt wie auch für die Menschen an ihren Küsten einhergeht und einer nachhaltigen Ressourcenpolitik entgegensteht.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern deswegen von der Bundesregierung ein entschiedenes politisches Umsteuern weg vom Raubbau an der Tiefsee!

¹ Die AG Tiefseebergbau setzt sich aus Mitgliedsorganisationen der AG Meere im Forum Umwelt und Entwicklung sowie dem AK Rohstoffe zusammen.

DAZU FORDERN WIR DIE BUNDESREGIERUNG AUF,

- **alle Vorhaben und politischen Initiativen zum Abbau mineralischer Ressourcen in der Tiefsee zu stoppen.** Dies umfasst die sofortige Beendigung der wirtschaftlichen Förderpolitik im Bereich Tiefseebergbau.
- **sich für eine absolute Reduktion des Rohstoffverbrauchs in Deutschland und der EU einzusetzen.** Durch ein Umsteuern wirtschaftspolitischer Prioritäten auf eine Kreislaufwirtschaft, ehrgeizige Wiederverwendungsziele, ein verbessertes Recycling und ein auf Wiederverwendung, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit ausgerichtetes Produktdesign werden die Rohstoffe des Tiefseebergbaus nicht benötigt werden.
- **ihre Explorationslizenzen ruhen zu lassen.** Stattdessen sollte die Bundesregierung ihr Mandat bei der Internationalen Meeresbodenbehörde (IMB) insoweit wahrnehmen, dass sie sich gegen die Ausbeutung der Rohstoffe der Tiefsee einsetzt. Dabei muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die im Rahmen ihrer Lizenz erworbenen Forschungsergebnisse den Tiefseebergbau nicht durch andere Staaten ermöglichen oder erleichtern.
- **Tiefseebergbau als Hochrisikosektor von der künftigen Außenwirtschaftsförderung auszuschließen.** Das umfasst Ungebundene Finanzkredite (UFK) im Rohstoffsektor, Investitions Garantien und Hermes Bürgschaften für den Export von Technologie und Maschinen im Bereich der Rohstoffgewinnung in der Tiefsee.
- **sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass keine zukünftigen Forschungsförderprogramme zu Tiefseebergbau in der Pazifikregion unterstützt werden.** Den Tiefseebergbau mit all seinen unwägbareren Risiken lehnen zivilgesellschaftliche Organisationen im Pazifik wie auch die betroffenen Bevölkerungsgruppen als unverantwortlich ab. Sie wollen nicht wie zu den Zeiten der Atombombenversuche zu einem Experimentierfeld für Hochrisikotechnologien werden.
- **sich stärker als bisher für die Ausweisung von Meeresschutzgebieten mit effektiven Managementstrategien und Nullnutzungszonen auf Basis transparenter und partizipativer Verfahren einzusetzen, statt den Tiefseebergbau zu fördern.** Des Weiteren sollte die Bundesregierung den BBNJ-Prozess² vorantreiben und die Ausweisung von großflächigen Schutzgebieten mit konkreten Zielvorgaben von 20 Prozent bis 2030 auf der Hohen See und in der Tiefsee zum Bestandteil dieser Verhandlungen machen.
- **die wissenschaftliche Erforschung der Tiefsee unabhängig von wirtschaftlichen Nutzungsinteressen zu fördern und auszubauen.** Das Wissen über die Artenvielfalt und Ökologie der Tiefsee ist bisher nur lückenhaft, obwohl es sich bei der Tiefsee um das größte Segment der Biosphäre handelt und diese eine außerordentliche Bedeutung für die Stoffkreisläufe unseres Planeten hat. Eine umfassende Grundlagenforschung ist notwendig für einen effektiven Meeresschutz am Meeresboden. Die Verkoppelung von Meeresforschung und Tiefseebergbau-Interessen widerspricht dem Grundsatz der Unabhängigkeit.
- **verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen gesetzlich zu verankern.** Unternehmen müssen künftig zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet werden, auch in ihren Auslandsgeschäften, Tochterunternehmen und Lieferketten. In diesem Kontext sollte sich die Bundesregierung aktiv im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen für ein neues Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte einsetzen, das für alle Vertragsparteien verbindlich ist, klare Regeln für Unternehmen schafft und den Betroffenen Klagemöglichkeiten eröffnet. Die hohen und kaum kalkulierbaren menschenrechtlichen wie auch ökologischen Risiken gebieten es, gemäß dem Vorsorgeprinzip von Projekten im Tiefseebergbau Abstand zu nehmen.

² UN-Verhandlungsprozess zu maritimer biologischer Vielfalt in Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsgewalt (marine biodiversity beyond national jurisdiction“).

Hintergrund Tiefseebergbau – Eine neue Belastung für Mensch und Umwelt

GEFAHREN FÜR DIE MEERESÖKOSYSTEME

Die teils großflächige Zerstörung des Meeresbodens ist Grundlage des Tiefseebergbaus. Dass dies gravierende, irreparable Schäden der einzigartigen Habitats und fragilen Ökosysteme der Tiefsee mit sich bringen wird, ist in der Wissenschaft unbestritten. Die darüber hinausgehenden Folgewirkungen, die durch solch schwere, letztlich weltweit erfolgende Eingriffe kaskadenartig auf andere Ökosysteme übergreifen, sind in ihren Dimensionen noch nicht umfassend vorherzusagen. Auch sind die Faktoren, die das tatsächliche Ausmaß negativer Auswirkungen beeinflussen, kaum abschätzbar, da das wissenschaftliche Verständnis der ökologischen Systeme der Tiefsee unzureichend ist.

Schon der Eingriff durch Lärm, Vibrationen und Licht der Maschinen und Versorgungsschiffe während der Abbauphase ist gravierend, und Meereslebewesen wie Wale und Delfine werden in ihren Lebensräumen stark beeinträchtigt. Zudem werden durch den Einsatz von Kettenfahrzeugen und das Zurückpumpen des Abraums Sedimentwolken freigesetzt, die sich mit den Meeresströmungen ausbreiten und durch die enthaltenen Schadstoffe die Nahrungsketten bis hin zum Menschen unter anderem mit Schwermetallen belasten können.

Die schwerwiegendsten ökologischen Folgen wird die unmittelbare Zerstörung der Habitats selbst verursachen, da die Meeresböden durch Maschinen abgetragen und umgebrochen werden. Für eine profitable Rohstoffförderung in der Tiefsee würden wesentlich größere Gebiete abgebaut werden als bei den bisherigen, kleinräumigen Testversuchen. Meereswissenschaftler/innen sehen den Fortbestand der einzigartigen Biodiversität dieser Lebensräume ernsthaft bedroht. Eine Kompensation verlorener Artenvielfalt durch Schutzvorhaben an anderen Orten ist im Falle der Einzigartigkeit der Tiefseeökologie nicht denkbar.

Vor diesem Hintergrund handelt es sich beim Tiefseebergbau in jedem Fall um eine Risikotechnologie, deren Realisierung den Prinzipien einer vorsorgenden Umweltpolitik entgegensteht. Mit dem Abbau der marinen Rohstoffe würde eine der letzten Grenzen für die industrielle Ausbeutung der Biosphäre überschritten. Eine solch sensible Ökoregion, die wesentliche globale Kreisläufe wie das Klima maßgeblich beeinflusst, einem derart massiven Eingriff zu unterziehen, ist in Anbetracht der fehlenden wissenschaftlichen Grundlagen hinsichtlich der langfristigen, mittelbaren und unmittelbaren Folgen sowie angesichts der nicht ausgeschöpften Einsparungspotenziale im Hinblick auf den Rohstoffverbrauch unverantwortlich.

BEEINTRÄCHTIGUNG UND VERLETZUNG VON MENSCHENRECHTEN

Eingriffe in das Ökosystem der Ozeane werden massive Auswirkungen auf das Leben von Küstenbewohner/innen haben, da diese oft in enger Verbundenheit mit den Ozeanen leben. Dies kann bis hin zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gehen, wie viele Beispiele im Landbergbau gezeigt haben. Wenn Tiefseebergbau die Meeresumwelt beeinträchtigt, Gewässer verschmutzt, Fischbestände dezimiert und vertreibt und Touristen/innen fernhält, wird den Küstengemeinden die wirtschaftliche Lebensgrundlage genommen. Dies betrifft vor allem die Pazifikregion, wo der Abbau wahrscheinlich zuerst beginnen soll. Weite Teile deren Bevölkerung leben in Subsistenzökonomie vom Fischfang sowie vom Tourismus und sind somit von den Meeren und einer intakten Umwelt abhängig. Viele Gemeinschaften betrachten Ozeanien, ihre Lebenswelt, als einen flüssigen Kontinent. Die Meere sind ein wichtiger Teil ihrer spirituellen und kulturellen Identität. Mensch, Land und Ozean sind untrennbar miteinander verbunden.

Anwohner/innen und Vertreter/innen der organisierten Zivilgesellschaft und Kirchen positionieren sich klar gegen den Tiefseebergbau und wollen nicht, dass ihr Lebensraum zu einem

Experimentierfeld für eine neue Industrie mit nicht absehbaren Folgen wird. In den pazifischen Staaten sind die Erinnerungen an die Atomtests des letzten Jahrhunderts noch sehr präsent, und viele Menschen fühlen sich durch die drohenden Tiefseebergbauaktivitäten erneut dem globalen Norden ausgeliefert. Tiefseebergbau kann somit als Verstoß gegen Menschenrechte gewertet werden, denn jeder Mensch hat das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich des Rechts auf Nahrung sowie auf körperliche und geistige Gesundheit. Darüber hinaus haben die Vereinten Nationen in der Abschlusserklärung der UN-Konferenz von Stockholm 1972 erstmals auch ein kollektives Recht aller Menschen auf eine saubere Umwelt formuliert. Umweltbezogene Menschenrechte sind inzwischen allgemein anerkannt. Die unterzeichnenden Organisationen stehen im Kampf gegen Tiefseebergbau solidarisch an der Seite der pazifischen Bevölkerung, diese Rechte einzufordern und wahrzunehmen.

HOHE RISIKEN UND KOSTEN – KAUM GEWINN FÜR BETROFFENE GEMEINSCHAFTEN

Selbst ökonomisch ist der Tiefseebergbau nicht nachhaltig, wie eine Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie³ aus dem Jahr 2016 zeigt. Die technischen und logistischen Herausforderungen sowie Risiken beim Tiefseebergbau sind groß, und der Abbau ist extrem kostenintensiv. Durch den großen Einsatz von Technologie und der benötigten wissenschaftlichen Expertise sind selbst die Arbeitplatzeffekte für die vom Rohstoffabbau betroffenen Gemeinschaften minimal.

Dem Schutz der Tiefsee als „*Erbe der Menschheit*“, wie es 1982 mit dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen beschlossen wurde, steht der Tiefseebergbau diametral entgegen. Der Abbau von Tiefseerohstoffen widerspricht zudem den von der UN 2015 verabschiedeten Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG), allen voran SDG 14, das für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung steht.

Die Bundesregierung, die EU und die deutsche Industrie, wie die in der Deep Sea Mining Alliance organisierten Unternehmen, haben dennoch großes Interesse an den Rohstoffen in den Tiefen der Meere. Die Bundesregierung unterstützt politisch und finanziell eine Reihe von Industrie- und Forschungsinitiativen im Kontext des Tiefseebergbaus und treibt damit diesen Wirtschaftszweig massiv voran. Deutschland hat 2006 im Nordostpazifik eine Explorationslizenz erworben. 2014 sicherte es sich eine weitere Lizenz im Indischen Ozean. Zwar wurde bislang keine Abbaulizenz ausgestellt, aber einige Explorationskonzessionen laufen bald aus. Derzeit läuft im Kontext der Internationalen Meeresbodenbehörde (IMB) deshalb ein zwischenstaatlicher Prozess, der in Kürze Regelungen einschließlich der Höhe der Förderabgaben, der Umweltauflage, der Organisationsstruktur der IMB und vieles Weitere festlegen soll.

Hinzu kommen Abbauinteressen in den Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ). Hier unterliegt eine potentielle Rohstoffförderung ausschließlich den Regierungen der Küstenstaaten. Marine mineralische Rohstoffvorkommen befinden sich in vielen AWZ, insbesondere in denen der Inselstaaten im Pazifik (Papua-Neuguinea, die Salomonen-Inseln, Vanuatu, Fidschi, Tonga und die Cook Inseln). In den vergangenen Jahren haben einige Länder eine Reihe von Explorationslizenzen an internationale Unternehmen vergeben, und so könnte der Tiefseebergbau in der unmittelbaren Nähe der Küsten bald beginnen und rasch voranschreiten. Eine eindeutige Positionierung Deutschlands gegen Tiefseebergbau hätte daher eine wichtige Signalwirkung.

³ Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (2016): Analyse des volkswirtschaftlichen Nutzens der Entwicklung eines kommerziellen Tiefseebergbaus in den Gebieten, in denen Deutschland Explorationslizenzen der Internationalen Meeresbodenbehörde besitzt, sowie Auflistung und Bewertung von Umsetzungsoptionen mit Schwerpunkt Durchführung eines Pilot-Mining-Tests. Online: https://m.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BMWI/analyse-des-volkswirtschaftlichen-nutzens-der-entwicklung-eines-kommerziellen-tiefseebergbaus_456200.html

ZUM WEITERLESEN

AK Rohstoffe (2016): Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik.

Online: https://power-shift.de/wp-content/uploads/2016/08/AK_Rohstoffe_-_demokratische_und_global_gerechte_rohstoffpolitik.pdf

Heinrich Böll Stiftung (2017): Der Meeresatlas.

Online: <https://www.boell.de/de/meeresatlas>

MISEREOR (2017): Für eine Welt ohne Tiefseebergbau. Positionspapier.

Online: <https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/dossier-weltsichten-partnerschaften-mit-risiken-2017.pdf>

Stiftung Asienhaus (2015): Tiefseebergbau – Fakten und Schlussfolgerungen.

Online: <http://www.asienhaus.de/stiftung-asienhaus/unsere-arbeit/tiefseebergbau-fakten-und-schlussfolgerungen/>

Kaschinski, Kai (2015): Bergbau in der Tiefsee: Unbekannte Tiefen, grüne Wirtschaft

und eine erneute Ausbeutung des Globalen Südens, FUE Rundbrief 1/15, S. 30 f,

Online: http://forumue.de/wp-content/uploads/2015/04/FORUM_rundbrief115_web.pdf

World Ocean Review (2014): Rohstoffe aus dem Meer – Chancen und Risiken.

Online: http://worldoceanreview.com/wp-content/downloads/wor3/WOR3_gesamt.pdf

IMPRESSUM / HERAUSGEBER

Stand: April 2018

Die AG Tiefseebergbau setzt sich aus Mitgliedsorganisationen der AG Meere im Forum Umwelt und Entwicklung sowie dem AK Rohstoffe zusammen.

V.i.S.d.P.: Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung,

Marienstr. 19-20, 10117 Berlin, info@forumue.de

Titelfoto: Expedition to the Deep Slope von Bruce Strickrott unter der Lizenz CC BY 2.0

<https://www.flickr.com/photos/naaaphotolib/5084205272/in/album-72157638866849503/>

<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/de/>

KONTAKT

AK Rohstoffe Koordinierungsbüro c/o PowerShift e.V.

Michael Reckordt

Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

michael.reckordt@power-shift.de

030 428 05 479

Forum Umwelt und Entwicklung, AG Meere

Marie-Luise Abshagen

Marienstr. 19-20, 10117 Berlin

abshagen@forumue.de

030 678 1775 75

Mitgliedsorganisationen der
AG Tiefseebergbau:

Dieses Forderungspapier der
AG Tiefseebergbau wird von
den folgenden Organisationen
unterstützt (Stand April 2018):

Brot
für die Welt



INKOTA 
netzwerk



MISEREOR
IHR HILFSWERK



PowerShift

